Wie die Kirche hilft

Rund um das Flüchtlingsdrama, das sich derzeit in Europa abspielt, gibt es viele Schlagworte – aber keine einfachen Rezepte. Die reformierten Kirchen in der Schweiz versuchen zu helfen, wo sie können.

von Erik Brühlmann

Ein Sans-Papiers in der Predigerkirche in Zürich.

Foto: Keystone/Steffen Schmidt

Immer mehr Flüchtlinge drängen nach Europa – und Europa wirkt überfordert. Für die Schweiz rechnet der Bundesrat dieses Jahr mit etwa dreissigtausend Flüchtlingen. Der «Blick» attestierte der Schweiz Strategielosigkeit im Umgang mit den Flüchtlingen, doch auch die EU-Politik hinterlässt weder einen souveränen noch einen geeinten Eindruck.

Im Juli forderte der reformierte Theologe Josef Hochstrasser öffentlich mehr Engagement der Kirchen in der Asylpolitik. Einen Monat später doppelte CVP-Präsident Christophe Darbellay nach. Er unterstellte den Kirchen, nur zu reden, aber nicht anzupacken: «Auf hehre Worte müssen von den Wortführern aber auch Taten folgen.» Fragt man Pfarrerin Verena Salvisberg aus Frick, hat der Politiker einige Taten verpasst oder übersehen. Schon im Frühling dieses Jahres erschien in der Mitarbeiterzeitung «a+o» der Aargauer Landeskirche ein Aufruf, man suche Wohnraum für Flüchtlinge. «Die Kirchenpflege beschloss darauf im Mai, allen Gemeindegliedern den Aufruf des Kirchenratspräsidenten weiterzuleiten», erzählt die Pfarrerin.

Darauf wurden vier konkrete Angebote an das Pfarramt herangetragen, die an die Landeskirche weitervermittelt wurden. «Mindestens in einem Fall hat es meines Wissens geklappt», so die Pfarrerin. Die Äusserung des CVP-Präsidenten findet sie denn auch nicht ganz fair, denn die Bereitschaft zu helfen sei überall vorhanden – das spüre sie deutlich. Zudem hätten auch Worte durchaus ihren Wert, findet die Pfarrerin: «Die reformierte Kirchgemeinde und die katholischen Pfarreien der Region Frick organisieren einmal im Monat eine Mahnwache an einer stark befahrenen Kreuzung, um das Thema in den Köpfen der Menschen zu halten.»

Flüchtlinge im Grossmünster

Auch im altehrwürdigen Zürcher Grossmünster – genauer gesagt in der Notwohnung des Kirchgemeindehauses Helferei – gewährt man derzeit einer dreiköpfigen syrisch-kurdischen Flüchtlingsfamilie Unterschlupf. «Weshalb dies die Medien so interessiert, verstehe ich jedoch nicht ganz», sagt Pfarrer Christoph Sigrist. «Die Notwohnung gibt es schon seit Jahrzehnten, und sie wurde immer wieder ohne viel Aufhebens mit Bedürftigen besetzt – auch mit Flüchtlingen.»

Der Pfarrer wurde schon zu Beginn seiner beruflichen Laufbahn für Flüchtlingsthemen sensibilisiert. Er sagt, er habe persönlich während des Balkankriegs Hilfsgüter in die betroffenen Gebiete transportiert. «Das Grossmünster hat zudem eine lange Tradition mit Flüchtlingen – die Kirche half im 16. Jahrhundert den Hugenotten oder 2007 den Sans-Papiers.» Bei der jungen Familie, die seit Ende August in der Wohnung lebt, handelt es sich um anerkannte Flüchtlinge, die das Sozialamt vermittelte – denn auch die Kirche muss die Wege offizieller Bürokratie einhalten.

Foto: zVg

Christoph Sigrist, Pfarrer am Zürcher Grossmünster:

«Wir machen eigentlich nur das, was die Kirche seit zweitausend Jahren tut: Wir helfen Bedürftigen»

Der Akt der Stadtzürcher Vorzeigekirche soll anderen Kirchgemeinden als Vorbild dienen. Christoph Sigrist verwahrt sich jedoch gegen den Verdacht, die Geste sei eine PR-Aktion. «Das Grossmünster ist im Grund eine ganz normale Kirchgemeinde. Und als solche machen wir in diesem Fall eigentlich nur das, was die Kirche seit zweitausend Jahren tut: Wir helfen Bedürftigen.» Der Familie ein Dach über dem Kopf zu geben, sei nur ein Teil der kirchlichen Hilfe. «Die Familie kann sich, wenn man so will, in diesem öffentlichen Kirchgemeindehaus gar nicht gegen die Integration wehren», sagt der Pfarrer augenzwinkernd.

Unterstützung erhalten die Flüchtlinge auch bei der Wohnungs- und Arbeitssuche sowie beim Erlernen der Sprache.

Foto: Keystone/Jean-Christophe Bott

Demonstranten zeigen Solidarität mit Flüchtlingen, die in diesem Jahr in der Saint-Laurent-Kirche in Lausanne Zuflucht gesucht haben, um in der Schweiz bleiben zu können.

«Auf dem Wohnzimmertisch liegen ausgebreitete Kärtchen mit deutschen Sätzen und Formulierungen», erzählt Sigrist. «Es ist berührend zu sehen, wie sehr sie sich bemühen – und dass der so oft beigezogene Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe in der Praxis funktioniert.»

Während manche Kantone behelfsmässige Zeltunterkünfte aufstellen oder Flüchtlinge im Notspital des Kantonsspitals unterbringen – so geschehen in Baden AG –, scheint die Lage in Zürich zwar angespannt, aber unter Kontrolle. Allerdings ist klar, dass sich der Bedarf an Wohnraum auch in Zürich erhöhen wird, da die Anerkennungsquote bei den Asylverfahren momentan bei über sechzig Prozent liegt. Nach einem mehrmonatigen Aufenthalt in einem kantonalen Durchgangszentrum werden die Asylsuchenden proportional zur Wohnbevölkerung auf die Gemeinden verteilt.

Wer vom Staatsekretariat für Migration eine F- oder B-Bewilligung zugesprochen bekommt, erhält schliesslich das Recht auf eine eigene Wohnung und auf freie Wahl des Wohnsitzes. Eine bezahlbare Unterkunft zu finden ist jedoch für Flüchtlinge schwierig; darum müssen sie oft länger als geplant in den Asylunterkünften bleiben.

Schwerer Weg zur Unterkunft

Vor diesem Hintergrund rief die Reformierte Kirche Kanton Zürich im Mai dieses Jahrs die Aktion «Flucht.Punkt – Kirchen heissen Flüchtlinge willkommen» ins Leben. Sie ruft die Kirchgemeinden des Kantons dazu auf, sich in den Bereichen Unterbringung, Integration und Arbeit für die Flüchtlinge einzusetzen und entsprechende Projekte zu entwickeln. «Gerade im Bereich Unterbringung ist der gute Wille aber nur der erste Schritt», weiss Philippe Dätwyler, Koordinator der Flüchtlingshilfe der Zürcher Kirche. «Man kann nicht ins nächste Durchgangszentrum marschieren, einige Flüchtlinge mitnehmen und sie im Pfarrhaus oder wo auch immer einquartieren.»

Die Sozialämter hätten zu Recht die Pflicht, Angebote von Privaten oder auch von Kirchgemeinden sorgfältig zu prüfen. Nicht alle Personen, die spontan helfen möchten, seien aufgrund der Familien- und Raumverhältnisse dafür wirklich geeignet. Auch die finanziellen Aspekte seien wichtig und vorgängig sorgfältig zu klären. So wollte eine Zürcher Kirchgemeinde zum Beispiel ihr Pfarrhaus für Flüchtlinge an das Sozialamt vermieten, die Gemeinde lehnte dies aber aus Kostengründen ab. Trotzdem haben die Kirchgemeinden Neumünster, Grossmünster und Bubikon bereits Wohnraum zur Verfügung gestellt. In Höngg laufe die Planung, und auch in Oberstrass sei eine Immobilie im Gespräch. «Bisher sind im Kanton Zürich rund dreissig Flüchtlinge in Liegenschaften der reformierten Kirche untergebracht», weiss Dätwyler.

Neben Unterbringungsmöglichkeiten zielt die Aktion «Flucht.Punkt» auch auf Integrationsangebote. Auch hier gibt es erste Erfolge. So existiert beispielweise in Meilen seit Mitte September das Café «Grüezi International» für Asylsuchende. Und die Kirchgemeinde Aussersihl bietet zusammen mit dem Netzwerk Solinetz schon seit langer Zeit Deutschunterricht mit Mittagstisch.

«Der Kirchenrat wird die Zürcher Kirchgemeinden demnächst nochmals aufrufen, sich in Absprache mit den

politischen Gemeinden verstärkt für die Flüchtlinge einzusetzen. Wir hoffen, dass sich dann noch mehr an der Aktion ‹Flucht.Punkt› beteiligen», sagt Dätwyler. Aber es gebe sicher auch Kirchgemeinden, die sich nicht beteiligten, weil sie «ihre Arbeitsschwerpunkte anders setzen und sich nicht in zu viele Projekte verzetteln wollen».

Priorität: Unterbringung

In den meisten Kantonen steht die Unterbringung von Flüchtlingen ganz oben auf der Prioritätenliste. Im Kanton Bern sucht die Fachstelle für Migration der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn zusammen mit der interreligiösen Kirchlichen Kontaktstelle für Flüchtlingsfragen über ihre Website Liegenschaften für Kollektivzentren wie auch Wohnungen für Familien und Einzelpersonen.

Die Reformierte Kirche Kanton Zug wurde von Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard gar offiziell um Unterstützung bei der Suche nach Unterkünften gebeten. «Wir haben dem Kanton Anfang August ein Pfarrhaus zur kurzfristigen Nutzung angeboten», sagt Kirchenratspräsident Rolf Berweger. «Aufgrund der kurzen Verfügbarkeit konnte der Kanton das Angebot jedoch nicht annehmen. Wir sind hier weiter auf der Suche und haben ein anderes Objekt gefunden, das sich allenfalls anbieten liesse.»

Seit auf dem Gubel bei Menzingen vor einigen Monaten das temporäre Bundeszentrum eröffnet wurde, betreiben die Zuger Reformierten in Zusammenarbeit mit der katholischen Kantonalkirche dort zudem den Seelsorgedienst. Hanspeter Herzog, Pfarrer in Berg TG, weist schliesslich darauf hin, dass die Kirchen und ihre Mitglieder sich sowieso unabhängig von der gegenwärtigen Krise schon lange für Flüchtlinge engagieren – ohne dies an die grosse Glocke zu hängen: «Unserem kleinen Dorf wurden vor etwa einem Jahr fünf Flüchtlinge aus Eritrea zugeteilt, die wir seither zusammen mit Freiwilligen aus der katholischen Kirche und der Freikirche betreuen und begleiten. Diese Basisarbeit macht die Stärke der Kirchen aus.» ■

Foto: Christian Schenk

Orientexperte Philippe Dätwyler:

«Man kann nicht ins nächste Durchgangszentrum marschieren, einige Flüchtlinge mitnehmen und sie im Pfarrhaus einquartieren»

Welchen Flüchtlingen Theologen helfen wollen

Ende August veröffentlichten über hundert Theologinnen und Theologen eine Migrationscharta. «Die Idee entstand bei einem der regelmässigen Treffen von Theologinnen und Theologen aus der Deutschschweiz», sagt Andreas Nufer, Mitinitiant und Pfarrer an der Heiliggeistkirche in Bern. «Die Idee war, das Migrationsthema biblisch-theologisch zu reflektieren.» Auf diese Weise entstand innerhalb von zwei Jahren die Migrationscharta «Freie Niederlassung für alle: Willkommen in einer solidarischen Gesellschaft!» Sie formuliert neben drei Grundsätzen auch drei durchaus provokante Grundrechte für eine neue Migrationspolitik: das Recht auf freie Niederlassung, das Recht auf Asyl und das Recht auf Sicherung der Existenz. Andreas Nufer: «Die biblische Botschaft ist provokant, und darauf basiert unsere Charta ja. Auf Trends, Strömungen und Sympathien haben wir keine Rücksicht genommen.» Gerade das Recht auf freie Niederlassung bietet Kritikern Angriffsflächen, fordert es doch letztlich die Aufgabe des Nationengedankens. «Wenn man es konsequent durchdenkt, ist das sicher so», sagt Nufer, «aber es geht uns nicht um Realpolitik, sondern um grundsätzliche theologische Überlegungen.»

Kleinere Wellen warf ein offener Brief an Bundesrätin Simonetta Sommaruga, der vom pensionierten Thurgauer Pfarrer Peter Keller entworfen und von rund zwanzig Theologen unterzeichnet wurde. Auch seine Botschaft ist provokant. Im Wesentlichen fordert der Brief die Bundesrätin auf, bei den vom Bundesrat bewilligten dreitausend syrischen Flüchtlingen jene christlichen Glaubens zu bevorzugen. Diese litten nämlich nicht nur unter dem Bürgerkrieg, sondern auch unter Repressionen von muslimischer Seite in den Flüchtlingslagern.

Der Orientspezialist der Zürcher Kirche, Philippe Dätwyler, hat für beide Dokumente ein Stück weit Verständnis. Die Charta ist nach ihm eine Art biblisch grundierte Vision, der offene Brief drücke die Besorgnis über die fatale Lage der Christen im Orient aus. «Es ist tatsächlich so, dass die Christen die Flüchtlingslager aus Angst vor weiteren Diskriminierungen meiden. Oft sind sie auch etwas wohlhabender als die Muslime und suchen bei Verwandten oder in kirchlichen Räumlichkeiten Zuflucht.» Dadurch sei der Anteil der Christen bei den UNHCR-Kontingenten, zumindest aufgrund von Erfahrungen aus Deutschland, stossend klein. «Trotzdem scheint mir die Zielsetzung des offenen Briefes fragwürdig. Statt eine Bevorzugung orientalischer Christen zu fordern, wäre es nötig, sie erst einmal gleich zu behandeln wie muslimische Flüchtlinge.»

Die Argumentation und die Absicht der Migrationscharta findet Dätwyler wichtig. «Der Slogan ‹Freie Niederlassung für alle› ist mir jedoch zu dick aufgetragen. Wenn sich die Kirche zu Migrationsfragen äussert, sollte sie nicht unbedacht provozieren, sondern Anwältin für die Schwachen und zugleich Vermittlerin zwischen den Fronten sein.»